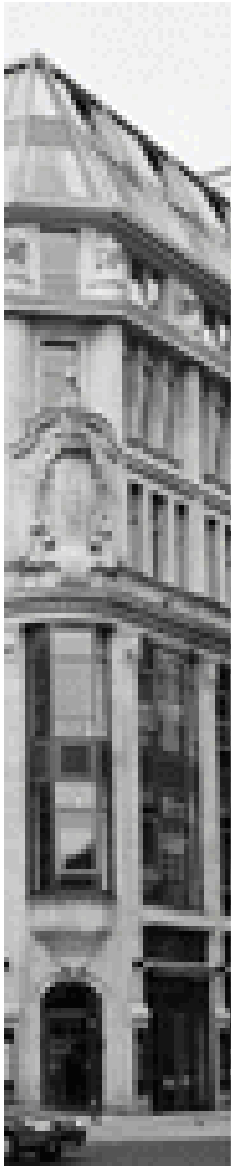


70 Jahre Soziale Marktwirtschaft



10

Stiftung Marktwirtschaft

Positionspapier

70 Jahre Soziale Marktwirtschaft

Stand: Juni 2018

Die Soziale Marktwirtschaft erwies sich nach Konflikten vieler Jahrzehnte als erfolgreichstes marktwirtschaftliches Wirtschaftsmodell. Das heißt: erfolgreichste deutsche Wirtschaftsordnung¹ im Sinne der meisten Menschen. Die soziale marktwirtschaftliche und gesellschaftliche Einordnung der Bundesrepublik Deutschland nach 1948 stellt ein herausragendes Beispiel dar, wie ein Staat nach Kriegsende in einer durch zwei Weltkriege geschüttelten Gesellschaft, die in der Zeit der Nationalsozialisten und in der ersten Nachkriegszeit von staatlicher Interventionen und einer autoritären Führung mit wirtschaftlicher Leistung gelang.

In den fünf Jahrzehnten, die die Soziale Marktwirtschaft geformt und geformt hat, hat sie Deutschland zu einem der reichsten und erfolgreichsten Nationen der Welt gemacht. Die soziale Marktwirtschaft hat die Grundlage für eine marktwirtschaftliche Ordnung und ein soziales Wohlfühlens geschaffen und die Wirtschaft geformt.

Heute ist die Soziale Marktwirtschaft weltweit ein Modell für Deutschland in ihrer Bedeutung, Chancen und Herausforderungen. Die soziale Marktwirtschaft hat die Grundlage für eine marktwirtschaftliche Ordnung und ein soziales Wohlfühlens geschaffen und die Wirtschaft geformt.

Stiftung Marktwirtschaft

Stiftung Marktwirtschaft
Postfach 10 15 50
50669 Köln
Telefon: +49 (0) 221 482 24 24
E-Mail: info@stiftung-marktwirtschaft.de

www.stiftung-marktwirtschaft.de | www.stiftung-marktwirtschaft.de

Im Juni 2018 jährt sich die Geburtsstunde der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland zum siebzigsten Mal. Währungsreform und Preisfreigabe setzten im Juni 1948 den Startpunkt für ein Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell, das die Prinzipien des freien Marktes und des sozialen Ausgleichs miteinander vereint. Seither sorgt dieses Modell für mehr Wohlstand und gesellschaftliche Teilhabe in Deutschland.

Das vorliegende [Positionspapier](#) der Stiftung Marktwirtschaft bietet einen Überblick über die wesentlichen Grundprinzipien, erreichten Erfolge und

Weckruf für die deutsche Wirtschaftspolitik



Der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, bietet der Bundesregierung einen Aufgabenkatalog für eine zukunftsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik an:

- die Schaffung einer Digitalisierungskommission nach Vorbild der Deregulierungskommission Anfang der 1990er Jahre,
- effiziente Entlastungen in der Einkommens- und Unternehmensbesteuerung,
- eine automatische Anpassung des Renteneintrittsalters,
- eine binnenmarktfreundliche Übergangsfrist während der Brexit-

Verhandlungen sowie

eine Wiederbelebung des europäischen Integrationsprozesses basierend auf den Grundprinzipien von Subsidiarität und Marktdisziplin.

[Studie Nr. 64 des Kronberger Kreises lesen und bestellen](#)

[Lesen Sie hierzu auch den Blog-Beitrag: Die Zukunft nicht verschlafen](#)

Verpasste Chancen der Länderfinanzausgleichsreform



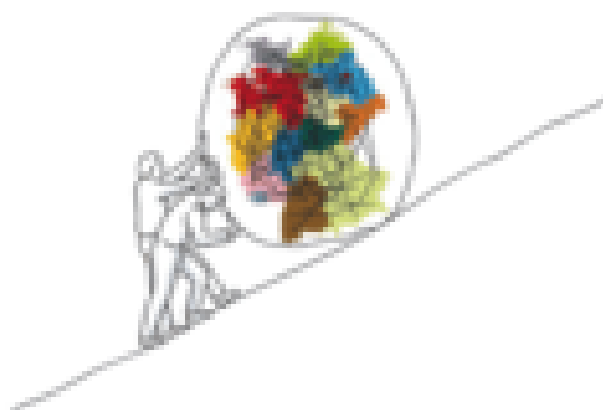
Jahrelang verhandelten die Bundesländer und der Bund über eine Neuregelung des Länderfinanzausgleichs. Nun wird der horizontale Länderfinanzausgleich im engeren Sinne ab dem Jahr 2020 abgeschafft. Doch was auf den ersten Blick wie eine echte Reform aussieht, stellt vielmehr eine Reihe verpasster Chancen dar. Statt Effizienz und Nachhaltigkeit des Finanzausgleichssystems zu verbessern, haben die Länder primär ihre individuellen finanzpolitischen Interessen durchgesetzt. Auf den Bund kommt ab dem Jahr 2020 eine Mehrbelastung von zunächst knapp 10 Milliarden Euro zu – Tendenz steigend. Der kurzfristige finanzielle Erfolg für die involvierten Landespolitiker scheint trügerisch und bei genauerer Betrachtung keiner für Demokratie, Föderalismus und finanzielle Nachhaltigkeit zu sein, wie der Beitrag "[Verpasste Chancen der Länderfinanzausgleichsreform](#)" von Prof. Dr. Michael Eilfort und Dr. Jörg König zeigt. Der Beitrag war Schwerpunktthema im "Jahrbuch des Föderalismus 2017" und wurde am 16.11.2017 in der Landesvertretung

Für eine echte Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

MARKTWIRTSCHAFT

62

Für eine echte Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen



Kronberger Kreis

Lars P. Feld, Clemens Fuest, Justus Hering, Malte Schwesig, Volker Wieland, Bernhard L. Wigger

Bund und Länder haben ihre Finanzbeziehungen nach zähen Verhandlungen neu geordnet. Eine Reform drängte, weil der geltende Finanzausgleich und der Solidarpakt II Ende des Jahres 2019 auslaufen. Anstelle des Länderfinanzausgleichs in seiner jetzigen Form tritt ein neues Umverteilungssystem, das den Ländern mehr Geld und dem Bund mehr Kompetenzen überträgt. Der Kronberger Kreis erklärt in seiner [Studie](#), welche Defizite sowohl das alte als auch das neue das System aufweisen und

wie eine echte Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen aussehen sollte.

Die Tageszeitung DIE WELT hat ausführlich über die Studie des Kronberger Kreises berichtet: „[Der neue Finanzausgleich – noch wirrer, noch irrer](#)“.

Lesen Sie hierzu auch den Gastbeitrag des Kronberger Kreises in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 12.06.2016 sowie die dazugehörige [Replik von Ministerpräsident Kretschmann](#).

Bares bleibt Wahres



Die Anzeichen zur Einführung einer Bargeldobergrenze verdichten sich. Nachdem die europäischen Finanz- und Wirtschaftsminister die Einführung einer Obergrenze von der EU-Kommission prüfen lassen, sorgte parallel dazu die Ankündigung der Europäischen Zentralbank, den 500-Euro-Schein abzuschaffen, für Wirbel. Allen öffentlichen Dementis zum Trotz könnten

gesetzliche bargeldbeschränkungen den Einstieg in den Ausstieg aus dem Bargeld bedeuten.

In der Veröffentlichung „[Bares bleibt Wahres – Bargeld als Garant für Freiheit und Eigentum](#)“ der Stiftung Marktwirtschaft geht Autor Dr. Jörg König der Frage nach, ob eine gesetzliche Beschränkung des Bargeldverkehrs tatsächlich Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Terrorismufinanzierung eindämmen können oder ob hinter den Plänen und Aktionen andere – weniger wohlmeinende – Motive stehen.

Tagung "Bargeld ist geprägte Freiheit"



Der Gebrauch von Bargeld ist ein zentrales Freiheitsrecht, das unsere Privatsphäre schützt. Zugleich soll jeder Bürger selbst entscheiden, wie er

sein Eigentum halten möchte – ob in Wertpapieren, Immobilien oder eben in Bargeld. Doch mit den Überlegungen der Bundesregierung zur Einführung einer Obergrenze für Bargeldzahlungen wird diese Freiheit in Frage gestellt. Die Befürworter einer Bargeldobergrenze argumentieren mit der Bekämpfung des internationalen Terrorismus sowie der Erschwerung von Schwarzarbeit, Geldwäsche, Drogenhandel und Steuerbetrug.

Ob dies mit einer Bargeldobergrenze erreicht werden kann, hat die Stiftung Marktwirtschaft auf einer gemeinsamen Veranstaltung von Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Deutsche Stiftung Eigentum und Ludwig-Erhard-Stiftung mit Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Bundesfinanzministerium diskutiert. Lesen Sie hierzu den [Tagungsbericht](#).

Für eine freie Preisbildung



107 Marktwirtschaft

Für eine freie Preisbildung

Ein Merkmal des bürgerlichen Rechts

Preise bilden sich am besten auf Märkten aus Angebot und Nachfrage und nicht durch Eingriffe der Politik. Auch subventionierte Sozialleistungen sind nur dann Preisentscheidend, wenn sie künstlich den Preis für bestimmte Leistungen erhöhen. Die Eingriffe in den Preisentscheidungsprozess des Marktes sind daher zu vermeiden. Der Preis bildet sich am besten auf Märkten aus Angebot und Nachfrage und nicht durch Eingriffe der Politik. Auch subventionierte Sozialleistungen sind nur dann Preisentscheidend, wenn sie künstlich den Preis für bestimmte Leistungen erhöhen. Die Eingriffe in den Preisentscheidungsprozess des Marktes sind daher zu vermeiden.

Die Freiheit der Preisbildung ist ein Merkmal des bürgerlichen Rechts. Preise bilden sich am besten auf Märkten aus Angebot und Nachfrage und nicht durch Eingriffe der Politik. Auch subventionierte Sozialleistungen sind nur dann Preisentscheidend, wenn sie künstlich den Preis für bestimmte Leistungen erhöhen. Die Eingriffe in den Preisentscheidungsprozess des Marktes sind daher zu vermeiden.

Die Freiheit der Preisbildung ist ein Merkmal des bürgerlichen Rechts. Preise bilden sich am besten auf Märkten aus Angebot und Nachfrage und nicht durch Eingriffe der Politik. Auch subventionierte Sozialleistungen sind nur dann Preisentscheidend, wenn sie künstlich den Preis für bestimmte Leistungen erhöhen. Die Eingriffe in den Preisentscheidungsprozess des Marktes sind daher zu vermeiden.

Der Eingriff in die Preisbildung durch administrierte Höchst- und Mindestpreise erfährt in diesen Tagen eine Renaissance. Jüngstes Beispiel ist die Mietpreisbremse. Auf Gebieten, die viele betreffen und emotional stark besetzt sind, ist es besonderes verlockend, in den Preismechanismus einzugreifen und auf diese Weise vermeintlich Klientelpolitik zu betreiben.

Der Beitrag „Richtige und falsche Preise“ des Kronberger Kreises nimmt den aktuellen Trend zu administrativen Preisen zum Anlass, die Kenntnisse über die Preisbildung wieder aufzufrischen. Der Beitrag ist am 13. März 2015 in der Rubrik „Die Ordnung der Wirtschaft“ der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienen.

Eine leicht abgewandelte Fassung des Beitrags des Kronberger Kreises findet sich mit dem Titel „Für eine freie Preisbildung“ als [Positionspapier Nr. 7](#) der Stiftung Marktwirtschaft.

Hilflose Entwicklungshilfe?

HILFLOSE ENTWICKLUNGSHILFE!



Seit Jahrzehnten ist die internationale Gemeinschaft darum bemüht, die Lebensverhältnisse und ökonomischen Perspektiven der in Armut lebenden Menschen dieser Welt zu verbessern. Zu diesem Zweck fließen immer mehr öffentliche Entwicklungsgelder der reicheren Länder in wohlgemeinte Entwicklungshilfeprojekte. Dass dabei versucht wird, eine Entwicklung „von außen“ herbeiführen zu wollen, geht jedoch oftmals an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen vor Ort vorbei. Vielmehr werden dadurch ineffiziente Strukturen und korrupte Verhaltensweisen zementiert.

Inwieweit ein konsequenteres Umdenken in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit notwendig ist, zeigt das Argument [„Hilflose Entwicklungshilfe?“](#). Autor Dr. Jörg König plädiert für eine stärkere Orientierung der Entwicklungszusammenarbeit an marktwirtschaftlichen Prinzipien. Die Entwicklungsländer sollten vermehrt als zukunftsfähige Wirtschaftspartner und weniger als bloße Hilfsempfänger betrachtet werden, damit sie sich eigenverantwortlich aus ihrer Armut befreien können.

Soziale Marktwirtschaft: Leuchtturm oder Irrlicht?



Die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland weist eine beeindruckende Erfolgsgeschichte auf, wenn man z.B. die Entwicklung des Wohlstands der Bevölkerung betrachtet. Dennoch steht es um das öffentliche Image der Marktwirtschaft und ihres geistigen Fundaments nicht zum Besten – zu Unrecht, wie [Argument Nr. 119 „Soziale Marktwirtschaft: Leuchtturm oder Irrlicht?“](#) ausführt.

Die Marktwirtschaft basiert auf der Erkenntnis, dass der Marktmechanismus grundsätzlich für die optimale Zuteilung von Ressourcen sorgt. Der Staat muss dafür die freiheitliche Wirtschaftsordnung sichern und Rechtsstaatlichkeit sowie Wettbewerb garantieren. Ein starker Staat ist die

Basis einer erfolgreichen Sozialen Marktwirtschaft im eigentlichen ordoliberalen Sinne. Die Autorin Dr. Verena Mertins beschäftigt sich sowohl theoretisch als auch empirisch mit den wesentlichen Elementen der Sozialen Marktwirtschaft, von Freiheit und Wohlstand bis zu Chancengerechtigkeit und Verteilungsfragen.

Tagung "Nachdenken über (Ordnungs-)Politik"



Welche Folgen haben Beschleunigung und Globalisierung für den „Politikbetrieb“? Kann Deutschland sich den vermeintlichen Luxus von Ordnungspolitik und damit eine verantwortungsbewusste und generationenübergreifende Rahmensetzung überhaupt noch leisten? Die Dominanz moderner Informationstechnologien in unserem Alltag beeinflusst

den Tagesablauf eines jeden Einzelnen maßgeblich, letzten Endes und zwangsläufig sogar die Inhalte. Losgelöst von einer programmatischen Haltung besteht die Gefahr, dass politischer Aktionismus an die Stelle von Ordnungspolitik tritt.

Die Stiftung Marktwirtschaft hat bei **Bundestagspräsident Norbert Lammert** aber auch **Klaus von Dohnanyi** sowie **Kerstin Andreae** nachgefragt, ob die Politik diesen grundlegenden Änderungen gewachsen ist. Welche neuen, vor allem aber funktionierenden Denkansätze die Gehirnforschung beizutragen hat, erklärte "Hirnforscher" **Gerald Hüther**. **Lars P. Feld** vom Kronberger Kreis komplettierte die Runde mit der Perspektive des Politikberaters.

[Programm der Veranstaltung](#)

[Tagungsbericht](#)

Meldungen zum Thema

Blickpunkt Marktwirtschaft 2/2017 – Blickpunkt Marktwirtschaft

Eigentlich ist es ein ziemlich abgedroschener Spruch, aber er trifft auf den Abbruch der... [Weiterlesen](#)

4. Mai 2017 Der SWIFT- Preis 2017 für Wirtschaftssatire geht an Robert Shrimpsley

Die Stiftung Marktwirtschaft verleiht am 5. Mai in Kronberg im Taunus den SWIFT-Preis für Wirtschaftssatire. Der Preisträger 2017 ist Robert Shrimpsley, Managing Editor der Financial Times.com in London. Der SWIFT-Preis ist mit einem Preisgeld in...

Weiterlesen

Weitere Publikationen zum Thema

Blickpunkt Marktwirtschaft



2/2018 - Blickpunkt Marktwirtschaft

Angesichts mancher öffentlicher Debatten um und vieler Klagen über unsere Soziale Marktwirtschaft erinnert Stiftungsvorstand Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen im Editorial der aktuellen Ausgabe des Blickpunkt Marktwirtschaft daran, dass die Soziale... [Weiterlesen](#)

Positionspapiere

Blickpunkt Marktwirtschaft



1/2018 - Blickpunkt Marktwirtschaft

Anlässlich des zahlreich celebrierten Jubiläums der Sozialen Marktwirtschaft nutzt Stiftungsvorstand Prof. Dr. Michael Eilfort das Editorial der aktuellen Ausgabe des Blickpunkt Marktwirtschaft zu einem eindringlichen Appell: "Es steht um... [Weiterlesen](#)



70 Jahre Soziale Marktwirtschaft

Im Juni 2018 jährt sich die Geburtsstunde der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland zum siebenzigsten Mal. Währungsreform und Preisfreigabe setzten im Juni 1948 den Startpunkt für ein Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell, das die Prinzipien des... [Weiterlesen](#)

Vergangene Veranstaltungen zum Thema

29.01.2013



Nachdenken über (Ordnungs-)Politik

Kann Deutschland sich den vermeintlichen Luxus von Ordnungspolitik und damit eine verantwortungsbewusste und generationenübergreifende Rahmensetzung überhaupt noch leisten? Zeit ist der Schlüssel zur Gestaltung künftiger Lebens- und...

[Weiterlesen](#)

08.10.2013



Europa: Wohin, wie weit und mit wem?

Im Mai 2014 hat Europa gewählt – zumindest das Europäische Parlament. Es stellte sich als die erste europaweite demokratische Standortbestimmung in der Schuldenkrise heraus. Die Rahmenbedingungen haben sich seit der letzten Wahl dramatisch...

[Weiterlesen](#)

07.03.2014



Agenda 2020

Im März traf sich auf Einladung der Stiftung Marktwirtschaft ein ausgewählter Kreis von Wissenschaftlern, Unternehmern, Publizisten und Politikern zum zweiten Kadener Gespräch, um jenseits tagespolitischer Zwänge zu diskutieren: über eine „Agenda...

Weiterlesen

